

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

8.6.1923 (No. 130)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigengebühr: 160 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kasentakt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweise Betreibung und Konturverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die neue Note.

Der Wortlaut der neuen deutschen Note liegt vor. Um unser eigenes Urteil gleich von vornherein zu präzisieren: die Note ist diesmal recht geschickt abgefaßt, sie schlägt unserer Ansicht nach den richtigen Ton an und enthält auch sachlich ein Angebot, das von einem jeden Staatsmann der Entente ernst genommen werden muß, wenn drüben überhaupt der ehrliche Wille zu einer Lösung des Reparationsproblems vorausgesetzt werden soll. Wir halten es sonach für ausgeschlossen, daß die neue Note außerhalb Deutschlands dieselbe oder eine ähnliche Behandlung erfahren wird, wie die erste deutsche Note vom 2. Mai. Gewisse Fehler von damals sind vermieden worden, und in sachlicher Beziehung bringt die Note eben doch Interpretationen, Ergänzungen und Erweiterungen, die zum mindesten der gesamten Welt das Eine beweisen, nämlich, daß Deutschland ehrlich entschlossen ist, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

Gerade das, was man Deutschland auch in uns günstig gesinnten Kreisen des Auslandes immer wieder vorwarf, daß es sich mit allgemeinen Redensarten begnüge, klare und substantiierte Vorschläge mitsamt den dringend nötigen Garantien aber unterlasse, gerade das wird durch die neue deutsche Note jetzt als nicht mehr berechtigt erwiesen. Andererseits ist Deutschland, die Reparationen im Rahmen des Menschenmöglichen zu zahlen, kann jetzt nicht mehr gezwweifelt werden.

Ob es angebracht gewesen wäre, diese durch ganz bestimmte Garantien bewiesene Tatbereitschaft schon früher auszusprechen, bleibt natürlich eine offene Frage. Bis zum Ende des vorigen Jahres hat allerdings eine Situation für uns vorgelegen, die so beschaffen war, daß sie uns ernsthafteste Angebote unmöglich machte. Solange das Londoner Ultimatum in seiner schroffsten Form als Leitmotiv der ganzen Reparationspolitik der Entente galt, hatte es keinen Zweck, Angebote mit Garantien zu unterbreiten. Sie wären ja doch ohne weiteres abgelehnt worden. Man mußte Zeit gewinnen und den Erfahrungen, die die Zeit beim Gegner hervorrief, die Kreditwürdigkeit zur Vernunft überlassen. Es ist und bleibt das historische Verdienst des Kabinetts Birck, daß es diese einzig richtige Politik durchgehalten hat.

Zweifel könnten höchstens darüber bestehen, ob man nicht nachher, das heißt nach dem Rücktritt dieses Kabinetts, schneller und entschiedener den Ausweg aus dem Wirrwahl der Reparationsfrage hätte finden sollen. Um die Jahreswende mehrten sich die Anzeichen, daß zum mindesten England und Italien das Programm des Londoner Ultimatus preisgaben. Und auch die drohende Ruhrbesetzung war ja an sich wahrlich geeignet, eine Beschleunigung des Tempos zu empfehlen. Doch hat es wohl wenig Zweck, diese Frage, die naturgemäß je nach der Grundeinstellung des Beurteilers verschiedenartig beantwortet werden wird, hier noch länger zu untersuchen. Die Hauptsache ist die, daß jetzt ein deutsches Angebot vorliegt, welches sicherlich von jedem gerecht und vernünftig denkenden Politiker des Auslandes als diskutabel bezeichnet werden wird, und zwar auch dann, wenn man hier und da im Auslande über Einzelheiten noch andere Meinungen sein sollte.

Daß die Reichsregierung und mit ihr die großen Parteien des Reichstags davon überzeugt sind, daß sich die von uns angebotenen Verpflichtungen auch verwirklichen lassen, dürfen wir voraussetzen. Gewiß wird es manch einen Wirtschaftspolitiker in Deutschland geben, der das Angebot für zu hoch und deshalb für nicht völlig realisierbar hält. Aber wir glauben doch, daß wir der nach langen Beratungen gewonnenen Überzeugung der Reichsregierung und der Parteien Vertrauen entgegenbringen können.

Sarte und schwere Opfer mutet auch dieses Angebot dem gesamten deutschen Volke zu. Aber das wußten die besonnenen Elemente unseres Volkes ja längst, daß es ohne diese schweren Opfer nicht abgehen würde. Und gerade die letzten Monate haben uns ja gelehrt, wie notwendig es ist, Opfer auf sich zu nehmen, wenn damit die Freiheit und die Zukunft der Nation als solche errungen werden kann. So betrachtet, erweist sich das neue deutsche Angebot als eine vaterländische Tat. Pflicht des einzelnen deutschen Volksgenossen ist es, die

Bedeutung dieser Tat recht zu würdigen und sein ganzes Denken und Trachten auf die ehrliche Verwirklichung der übernommenen Verpflichtungen einzustellen.

Selbstverständlich kommt nun alles darauf an, was die Entente zu der neuen deutschen Note sagen wird. Wir brauchen uns zunächst durch die in Brüssel gefaßten Beschlüsse, die Frankreich und Belgien auf eine ganz bestimmte Politik festlegen, nicht verblißen zu lassen. Sollte das Ausland die neue Note sympathisch begrüßen und als diskutabel bezeichnen, so dürfen wir sicher sein, daß allein diese Tatsache mit der Zeit eine entscheidende politische Wirkung in allen Ländern ausüben wird. Demgegenüber würden gewisse Fragen, um die man sich heute noch streitet, zu Fragen zweiten Ranges herabgedrückt werden.

Daß die Preise, die zurzeit in Frankreich herrschen, es innerlich am liebsten sehen würden, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst und durch diese Nichtlösung der Ruin Deutschlands besiegelt wird, ist wohl anzunehmen. Aber man darf nicht vergessen, daß es auch in Frankreich eine an Zahl und Bedeutung wachsende Schicht von Po-

litikern gibt, die sehr gut begreifen, daß der Ruin Deutschlands, so politisch erwünscht er wäre, wirtschaftlich auch den Ruin Frankreichs nach sich ziehen würde. Und ferner hat eben doch Frankreich, mag es sich auch noch so selbstherrlich gebärden, ernste Rücksichten auf seine Alliierten und auf Amerika zu nehmen.

Erfürwort wird aber durch die grundsätzlich intransigente Haltung der französischen Regierung das ganze Problem unter allen Umständen. Und immer wieder ergibt sich die gefährliche Möglichkeit von Kompromissen, die letzten Endes doch keine befriedigende Lösung des Problems in sich schließen und den Zustand der Unruhe und der Verwirrung von neuem stabilisieren.

Hier wird es die Aufgabe der britischen und der italienischen, vielleicht aber auch der amerikanischen Politik sein, mäßigend und beruhigend einzugreifen. Wie weit England und Italien dabei gehen werden, wissen wir nicht. Diese Frage wird aber wohl bereits in den nächsten Tagen geklärt werden, wenn die Alliierten unter sich eine vertrauliche Aussprache über das Angebot eröffnen.

Das überreichte Memorandum.

Wie bekannt, sind der Reichsregierung auf ihre Note vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antworten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenanstausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückantwort auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind.

Demgemäß ist gestern den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden:

Amlich wird mitgeteilt:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist.

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hätte die Aufgabe großer Anteile in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplans vor:

a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstelliges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen versetzt. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen belief ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen, mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen:

In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftl. Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Die Begleitschreiben.

Die Note ist mit einem kurzen, formalen Begleitschreiben an die verschiedenen Regierungen abgeschickt worden, das für jeden Bestimmungsort einen besonderen Text hat, mit Rücksicht darauf, daß die letzte deutsche Note von den Kabinetten von London, Paris, Brüssel und Rom besonders beantwortet wurde.

Pariser Zurückhaltung.

Die deutsche Note ist gestern nachmittag um 5 1/2 Uhr durch einen Botschaftssekretär im Ministerium des Äußern in Paris überreicht worden. Gegen 7 Uhr wurde den französischen und ausländischen Pressevertretern im Ministerium des Äußern erklärt, es sei noch nicht möglich, irgendwelche Mitteilungen über den Inhalt der deutschen Denkschrift und der Begleitnote sowie über den ersten Eindruck in französischer amtlichen Kreisen zu machen, da Poincaré die beiden Dokumente noch nicht geprüft habe.

Gegen 18 Uhr wurde in der Nachrichtenabteilung des Quai d'Orsay erklärt, die deutsche Note werde gerade vom Ministerpräsidenten geprüft. Es sei aber schon jetzt möglich, „einige Eindrücke aus zweiter Hand“ wiederzugeben. Diese Eindrücke könnten dahin formuliert werden, daß der deutschen Eröffnungen weit von dem entfernt seien, was nach französischer Auffassung als „befriedigend“ gelten könnte. Zunächst einmal werde es hier als wesentliches Manko betrachtet, daß Deutschland nicht die Einstellung des passiven Widerstandes verspreche, ferner habe man den Eindruck, daß Deutschland eine Lösung erstrebt, die sich von den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu weit entferne, denn unter dem internationalen Organismus, vor dem Deutschland spreche, sei wohl nicht die Reparationskommission zu verstehen.

Sieben Grundsätze Frankreichs.

Der „Temps“ veröffentlichte Mittwoch abend an leitender Stelle sieben Grundsätze, auf denen Frankreich nach seiner Versicherung unbedingt bestehen wird. Am Quai d'Orsay wird dazu bemerkt, daß der Temps den offiziellen französischen Standpunkt im großen und ganzen richtig wiedergebe. Diese Grundsätze besagen:

1. Vorbedingung für die Verhandlungen mit Deutschland ist die Einstellung des passiven Widerstandes.

2. Das Ruhrgebiet wird nur kassiert, wenn nach Maßgabe der deutschen Zahlungen getrimmt.

3. Frankreich fordert 26 Milliarden Goldmark, falls England und Amerika die interalliierten Schulden freistellen.

4. Frankreich verlangt andernfalls außer den 26 Milliarden Goldmark noch die Summen, deren Rückzahlung Amerika und England von ihm fordern.

5. Frankreich lehnt jede neue Diskussion über die deutsche Zahlungsfähigkeit und folglich auch ein internationales Schlichtungsgericht ab.

6. Frankreich ist gerne bereit, allen vernünftigen Anregungen zur Beschaffung von Zahlungsmitteln für die deutsche Regierung zuzustimmen, lehnt aber die Verantwortung für entsprechende Maßnahmen im nichtbesetzten Deutschland ab und würde keine Verabfolgung seiner Schuld annehmen, die etwa damit begründet wäre, daß die Maßnahmen der Reichsregierung nicht den erwarteten Erfolg hätten.

7. Im besetzten Gebiet will Frankreich im Verein mit seinen Verbündeten und im gemeinsamen Interesse alle Einkommensquellen, die für Reparationszahlungen vorbehalten werden müssen, selbst verwalten und das nach wie vor unter Aufsicht jeden politischen Hintergedankens.

Der Temps behandelt weiter die Sicherheitsfrage. In diesem Titel seiner Ausführungen wird am 12. Mai 1921 ausdrücklich bemerkt, sie geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt wieder. Nach dem Temps wären Verhandlungen mit Deutschland über die Sicherheitsfrage gegenwärtig noch verfrüht; dagegen wäre es zu begrüßen, wenn ein französisch-englischer Meinungsaustausch über das Problem stattfände. Das Blatt hält sogar ein Bündnis zwischen Frankreich und England, wie Lord Curzon es wünscht, für möglich, falls die beiden Mächte sich verpflichten, eine Anpassung der Versailles Bestimmungen über Deutschlands Grenzen zuzulassen.

England und die Brüsseler Beschlüsse.

Der Korrespondent der Times interpretiert, laut Frankf. Bz., das französisch-belgische Communiqué dahin, daß diese beiden Regierungen sich geeinigt haben, die Antwort auf das deutsche Memorandum nur gemeinsam mit den übrigen Alliierten zu geben, vorausgesetzt, daß London die Pariser Bedingung annehme, mit Deutschland erst nach Einstellung des passiven Widerstandes in eine Diskussion einzutreten. Im Daily Telegraph berichtet Berlin, daß unter dem Aufgehoben des Widerstandes die Zurückziehung aller von der Berliner Regierung diesbezüglich erlassenen Anordnungen gemeint sei.

Die Times kommentiert die Situation, wobei die führende Rolle Belgiens unterstrichen wird. Die im französisch-belgischen Protokoll ausgedrückte Einigkeit manifestiert lediglich die tiefgehenden Differenzen, denn Belgien sei heute ebenso sehr gegen die französische Außenpolitik, wie England. Die belgische Regierung sehe das Hauptziel als erreicht an, indem Deutschland erzwungen sei, die Regelung der Reparationsfrage anzunehmen. Die Times sagt: „Sollte Deutschland einen Plan vorlegen, der wesentliche Garantien anbietet, so würde Belgien sich nur zu gerne von der Ruhr zurückziehen.“ Die Times glaubt, auf Grund von Andeutungen, bestimmt, daß der zu erwartende deutsche Garantieplan ernsthaft sei und unterstützt die deutsche Absicht, eine Konferenz herbeizuführen. Über die heikle Vorfrage macht die Times folgende Äußerung: „Der Widerstand war natürlich und spontan, aber es würde unangebracht die Situation erklären, wenn die deutsche Regierung sich entschließen könnte, freiwillig sich von dem lokalen Widerstand loszutrennen. Eine solche Geisteswende den guten Eindruck, den das Memorandum wahrscheinlich hier machen wird, außerordentlich unterstützen.“

Hieraus ist, wie die Frankf. Bz., weiter berichtet, ersichtlich, wie peinlich London durch die Pariser Bedingung des Verzichts auf Widerstand berührt ist und wie versucht wird, diese Klippe zu umschiffen.

Einen anderen kritischen Punkt berührt der Manchester Guardian, indem er daran erinnert, daß die Hauptbedingung früher in der französischen These der mainmise (Satzungsrecht) und der englischen Formel der supervision (Aufsichtigung) lag. Das Blatt glaubt sagen zu können, daß die englische Regierung diesmal lediglich unter dem Gesichtspunkt entscheiden werde, ob der deutsche Vorschlag die Zahlung sichert. In diesem Fall werde die englische Regierung entscheiden, daß der deutschen Wirtschaft völlig freie Hand gewährt werde. Die Kardinalfrage sei dann, ob die Garantien überzeugend genug seien, daß die englische und die italienische Regierung Frankreich bewegen können, das Ruhrgebiet zu räumen.

„Die Meistersinger von Nürnberg.“

Man wird gerne feststellen, daß die Neuerstudierung dieses Meisterwerkes, und seine Ausstattung mit neuen Bühnenbildern einen großen Gewinn bedeuten und zu der herrlichen Aufnahme, die die Vorstellung am letzten Sonntag gefunden hat, wesentlich beigetragen haben. Oberregisseur Josef Turrau, dem schon eine fastliche Reihe sehr beachtlicher Neuerstudierungen an unserer Oper zu danken ist, hatte auch die Meistersinger mit großem Geschick eine neue szenische Note gegeben, die sich sowohl in wirkungsvollen Einzelgängen wie in der Abgerundetheit des Ganzen offenbart. Direktor Emil Burkards oft erprobte Kunst gibt auch in den neuen Dekorationen zu diesem Werk wieder Vorzügliches, besonders in der neuartigen Gruppierung des Bildes zum zweiten Akt, das nun einen stimmungsvollen Ausschritt aus Nürnberg darstellt.

Wie stets bestach Max Wittner als Hans Sachs durch die vornehme Art seines Gesanges und das von starker Innlichkeit getragene, ausdrucksvolle Spiel. Einen Solist von fortwährendem Temperament, stimmlich bis zum Jubelnd gelungenen Preislied von großer Frische, gab Billy Billea. Billy Freig, die von der neuen Spielzeit an das Fach der jugendlich-dramatischen Sängerin unserer Oper inne hat, sang das Wochen sehr ansprechend; die Stimme hat dramatische Kraft und trägt gut. Der Vortrag muß noch kultivierter werden, was auch für die Darstellung gilt, die noch zu unangenehm war. Von den Meistern müssen mit besonderem Lob der scharf gezeichnete Bedamester Hans Wuffards, der prächtig gesungen und gespielte Bogner Dr. Hermann Wucherpfennig und der humorvolle Köhner Rudolph Behrauchs genannt werden. Der David von Albert Peters fesselte durch den geschmackvollen Gesang und das natürliche, herrliche Spiel. Operndirektor Fritz Cortolegis dirigierte das Werk mit großer Umsicht, und er brachte mit dem ihm hingebungsvoll folgenden Orchester die Schönheiten der Partitur voll zum Vorschein.

Das Haus war sehr gut besucht und beifallsfreudig. Die Begeisterung der Hörer rief am Schluß auch Oberregisseur Turrau und Operndirektor Cortolegis an die Rampe.

Konferenz in Ostende?

Mehrere Blätter melden, Poincaré habe in Brüssel seine Zustimmung zur Einberufung einer interalliierten Konferenz gegeben, die von Belgien vorbereitet werden soll und wahrscheinlich in Ostende stattfinden werde. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung liegt zurzeit nicht vor, doch wird sie in politischen Kreisen für glaubhaft gehalten, zumal übereinstimmend der Eindruck vorherrscht, daß die französische Regierung getrieben von aller Vorbehalte im Prinzip den Gedanken der Wiederherstellung der alliierten Einheitsfront angenommen hat.

Im Gegeßatz zu den mehr oder weniger offiziell gefärbten Darstellungen der großen Nachrichtenblätter erfährt das „Journal“, daß umgekehrt des Optimismus des amtlichen Communiqués der belgisch-französische Gegensatz keineswegs überbrückt sei. Während Frankreich die bedingungslose Kapitulation Deutschlands fordert und entschlossen sei, gegebenenfalls auch allein abzuwarten, bis die deutsche Regierung so weit sei, sei die öffentliche Meinung in Belgien der Auffassung, daß die Ungewißheit der gegenwärtigen Situation nicht ewig dauern könne. Man fürchtete in Belgien der Auffassung, daß andere Mächte sich schließlich zu Separatabkommen mit Deutschland entschließen könnten, was die endgültige Aufhebung der Entente bedeute und für Belgien große Gefahren im Gefolge haben könnte. Dazu komme, daß die Sachverständigen der belgischen Regierung der Ansicht seien, daß die Befreiung des Ruhrgebiets niemals produktiv gestaltet werden könne, und daß sie in dieser Auffassung außerordentlich bestärkt worden seien durch die Rede, die der bekannte lothringische Industrielle de Wendel beim Empfang Willerands in Metz gehalten hat. Aus allen diesen Gründen dränge die belgische Regierung auf die abschließende Wiederherstellung des Einvernehmens mit England und Italien. Poincaré habe sich dem grundsätzlich nicht widersetzt. Darauf sei man zu dem Beschluß der Organisierung einer neuen interalliierten Konferenz gekommen.

Weitere Erschwerung der Einreise ins Ruhrgebiet.

Nachdem die Franzosen im Einbruchgebiet eine Reihe wichtiger Bahnhöfe besetzt haben, ist die Einreise in das besetzte Gebiet bedeutend erschwert worden. Seit Mittwoch Nacht 12 Uhr ist der Verkehr nach dem Einbruchgebiet so geregelt worden, daß alle Züge von Hamm aus nur noch bis Dortmund fahren. Von Dortmund aus ist ein Pendelverkehr über Langendreer-Bochum nach Kraus-See eingerichtet worden. Damit ist die einzige Ost-West-Verbindung, die bisher noch bestand, stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Bisher verkehrten die Züge von Hamm aus meist noch direkt über Dortmund Bochum-Farne-Alt-Essen. Diese Linie ist nun unterbrochen worden. Für den Personenverkehr bleiben nun nur noch die Straßenbahnlinien im Einbruchgebiet als einziges Verkehrsmittel übrig.

Im Hochverratsprozeß Fuchs

Die Vernehmung des Zeugen Tafel als Sachverständiger über die Befragung des Hauptzeugen Major a. D. Mayer fort. Er forderte von dem Zeugen Aufklärung, die ohne jeden Zusammenhang mit dem vorliegenden Fall lediglich den Zeugen belasten sollten. Das Gericht lehnte die Fragen ab. Dagegen wurde die Ladung des Oberamtmanns Frid von der Münchener Polizei genehmigt.

Als nächster Zeuge wurde Dr. Tafel vernommen, der frühere politische Leiter des bayrischen Ordnungsbüros. Er bezichtigte Madhaus, der in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, später auch im Ordnungsbüro, als einem Verräter, der nicht fähig gewesen sei, einen politischen Gedanken durchzuführen. Es sei ihm aufgefallen, daß Madhaus über große Geldmittel verfüge. Zum Beispiel habe er eine Villa am Ammersee gemietet. Auf Befragen erklärte der Zeuge, vom Kosschlaggen sei in Bayern immer schon gesprochen worden.

Die Vernehmung des Zeugen Tafel als Sachverständiger darüber, ob auch wahrhaft vaterlandsliebende Leute in Bayern an eine vorübergehende Trennung vom Reich dächten, wurde vom Gericht abgelehnt. Der weitere Zeuge, Verlagsbuchhändler Dr. Decker hat, als Madhaus Redakteur des „Alltäglichen Beobachter“ war, mit ihm verkehrt. Madhaus habe mit ihm immer wieder über den wachsenden Bolschewismus gesprochen und erwähnt, daß man zum Gegenstoß bereit sei. Aber die Geldmittel des Madhaus habe er sich schon damals Gedanken gemacht. — Zeuge Hauptmann a. D. Brendl, der zweite Vorsitzende des Württembergischen Bundes, daß der damalige Polizeipräsident Bömer die Führung des Bundes aufmerksam gemacht habe, daß Madhaus allem An-

schein nach französische Interessen vertritt; der Bund sei jedoch die Verbindung nicht abbrechen, sondern versuchen, Räuber zu erfassen. Die Geber, die er von Madhaus erhalten habe, habe er selbst dem Bunde überwiesen. Von den weiteren Zeugen, Parteifreunden des Madhaus, wurden Mitteilungen über dessen Pläne und Anschaffungen gemacht, die jedoch wenig Neues ergaben. Bemerkenswert davon ist nur, daß ein Zeuge Goh, der, obwohl Schwurger, Mitglied des Württembergischen Bundes ist, bekundete, es sollte eine Tafel, in der hauptsächlich Dr. Ruge eine Rolle spielte, zur Überwachung des Schöpfers und anderer zweifelhafter Mitglieder des Bundes errichtet werden. Durch die Tafel sollten Dr. Heim und Dietrich Ehart, bekanntlich Redakteur des „Alltäglichen Beobachter“ besetzt werden. Die finanziell Unterstützung versprach Madhaus. Ruge habe anderthalb Millionen zur Sicherstellung seiner Familie verlangt. Ein gewisser Weinbrecht sei bestimmt gewesen, Dr. Heim zu erlösen, während Ehart besetzt werden sollte. Zur Gründung dieser Tafel sei es nicht gekommen. Er, der Zeuge, habe sie auch nicht ernst geplant gewesen. 4000 Mann von Berger und ebenfalls von Kauter, die in Würzburg ständen, waren zur Verfügung.

Eine neue Gehalts- und Lohnaktion.

Am kommenden Samstag treten die Spitzenorganisationen aller Gewerkschaften zusammen, um über eine neue Gehalts- und Lohnaktion für die Reichs- und Staatsarbeiter und Beamten Stellung zu nehmen, nachdem aus dem Reich immer dringender das Verlangen nach einer weiteren Aufbesserung für den Monat Juni erhoben worden ist.

Deutscher Reichstag.

Beginn nachmittags 2 Uhr. Zur Beratung steht die sozialdemokratische Interpellation über die Feuerungsmaßnahmen infolge der Markentwertung, Einschreiten gegen die Devisenspekulation usw.

Abg. Aufhäuser (Soz.) begründet die Interpellation. Die französische Regierung hat mit ihrer Ausaktion das deutsche Volk den Kreisen ausgeliefert, die aus der Markentwertung Profit ziehen wollen. Wir dürfen nicht nur mit den Franzosen, sondern müssen auch mit diesen Kreisen abrechnen. Die deutsche Arbeiterklasse hat keine Neigung zu Unbesonnenheiten und zu Kämpfen. Was sich an Unruhe zeigt, das ist die aufgepeitschte Erbitterung gegen die Ausaktion unserer Notlage, der ehrliebe Form gegen die Passivität der Reichsregierung und gegen die Aktivität und Nachsicht weiter kapitalistischer Kreise (Weiß und Unruhe). Wir sehen jetzt das Fiasco einer rein bürgerlichen kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die maßgebenden Kreise unserer Wirtschaft haben nur auf Valutagewinne spekuliert und sind zu einer extensiven Produktion übergegangen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat schon früher sein sogen. Hilfsangebot an unerfüllbare Bedingungen geknüpft und die Stützungsaktion für die Mark ist von denselben Wirtschaftskreisen sabotiert worden. Die mit großen Opfern von der Reichsbank herbeigeführte vorübergehende Senkung des Dollars hat nur den großen Devisenbesitzern der Schwerindustrie Profit gebracht, weil sie durchhalten konnten. Die Sabotage der Stützungsaktion ist von den maßgebenden Wirtschaftskreisen ausgegangen, die Reichsbankpräsident Hakenstein ist ungewidrigt erklärt hat. Wenn er im Untersuchungsausschuß nicht zu seinen Worten gestanden hat, so beweist das, daß er nicht der geeignete Mann zur Durchführung einer Markstützungsaktion ist. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsbank ermöglicht mit ihren Krediten den Dollar-Spekulanten große Gewinne auf Kosten der Masse des Volkes. Der Untersuchungsausschuß muß prüfen, wie hoch der Devisenbestand der deutschen Industrie und Kapitalisten im Ausland ist; das gilt besonders für Hugo Stinnes. In der Tafeloffenbarung wird jeder mit Kerker bestraft, wer durch den unbilligen Erwerb von Devisen die Baluta schädigt. Bei uns hat man nicht einmal einen Ausgleich für die Ausgaben der Ausaktion geschaffen. Man hat nicht nur die Befreiung des Reiches veräußert, sondern durch das Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung geradezu eine Prämie für die Steuerdrückbergerei ausgelegt. Der im Garantieangebot der Industrie verlangte Wegfall der Ausfuhrabgaben würde mehr ausmachen, als das ganze Angebot der Industrie; ebenso steht es mit der Opferwilligkeit der Landwirtschaft. Wir verlangen Beteiligung des Reiches an den Schwächen der Industrie, und Milderung der Lohnsteuer der Arbeitnehmer sowie Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preise. Das einzige, was bei der Markstützungsaktion stabilisiert wurde, waren dank der Bemühungen des Ministers Weder die Löhne. Wo aber blieb die Senkung der Preise und wo bleibt jetzt beim Steigen des

Eine verspätete Ehrentzeitung bedeutet der vierte Band der soeben erscheinenden neuen Brockhaus-Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“, der den Titel: „Peter Kolb, Reise zum Vorgebirge der Guten Hoffnung“ trägt und von Dr. Paul Germann bearbeitet ist. Peter Kolb ist ein hiediger Rektor aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts, der die Gelehrtenjahre in dem französischen Städtchen Neuchâtel an der Aisne leitete. Er wurde von seinen Zeitgenossen als Dignar hingestellt, weil er von seinem langjährigen Aufenthalt in Südafrika Jabeln über die Hottentotten in die Welt hinausgeschickt habe, und das Volk, das er in einem biden, mit Kupferfäden reich ausgestatteten Folianten schilderte, ist wegen seiner merkwürdigen Eigenschaften von den Weisen vielfach schiel angesehen und betrachtet worden. Beides geschah sehr mit Unrecht. Die moderne Wissenschaft hat, worauf der Herausgeber nachdrücklich und überzeugend hinweist, dargetan, daß das, was Kolb beobachtet und geschildert hat, fast in allen Punkten auch heute noch zutrifft und die mit wissenschaftlicher Liebe ausgeführte eingehende Schilderung, die Kolb den Hottentotten angedeihen läßt, beweist, daß dies Volk besser ist als sein Ruf. Man darf beim Lesen des Buches, das mit einer großen Anzahl guter Nachbildungen nach den Stichen des Originalwerkes und mit einer von Kolb gezeichneten Karte ausgestattet ist, nicht außer acht lassen, daß Kolb ein Sohn des Nidtelgebirges, dem aussehenden 17. Jahrhundert entstammt und, zu einer Zeit, in der die wissenschaftliche Beobachtung noch eine geringe Rolle spielte, in den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts, in Südafrika tätig war. Bei seiner Abreise von Europa war er noch ganz von der Vorstellung beherzigt, daß er in ein Land komme, wo nur pünktlich ungefüllte wilde Menschen leben. Er muß viel von der humorvollen Lebensanschauung gehabt haben, die seinen späteren engeren Landsmann Jean Paul auszeichnete, und in dem langen Gedicht, das er vor Austritt seiner Reise verfaßte, heißt es in einem der zwölf Verse:

„Wer Gott vertraut ist sicher vor dem Nord. Drum geh ich fort!“

Kolb hat die Hottentotten, die „Pepperlöpfe“ der Holländer, wirklich lieb gewonnen, wenigstens sie ihm manchen Schabernack spielen und ihn, wie es bei Wilden Sitte ist, manchmal tüchtig anzulügen versucht haben. Er ist im Laufe seines langjährigen Aufenthalts in Südafrika mit allen möglichen Stämmen der Hottentotten in Berührung gekommen, und was er vom Leben

und den seltsamen Gebräuchen der Eingeborenen erzählt, ist hochinteressant. Daß auch verschiedene Schuppen zutage treten, ist nicht verwunderlich, wie denn zum Beispiel Kolb die Hottentotten durchaus mit den alten Juden zusammenbringen will, was er aus gemeinsamen Gebräuchen zu beweisen sucht. Er verneint auch recht drastisch die Hottentotten den Weisen gegenüberzustellen, wobei sehr häufig die letzteren nicht gerade gut abschnitten. Kolb hat seine Briefe an den Naturforscher von Ansbach-Bayreuth gerichtet, und mandamul wird der „durchlauchtigste Herr“ hellaus gelacht haben, wenn er die unwürdigen Berichte seines Untertans über die vielfach als „faulisch“ beschriebenen Hottentotten las. Es ist Kolb gegangen wie Herodot, dem Vater der Geschichte, der auch anfänglich verächtlich und beschpottet wurde, weil er Seltsames zu berichten hatte, bis sich die Wahrheit seiner Erzählung herausstellte. Daß der wackere deutsche Forscher gerade in unserer Zeit aus seiner Vergessenheit und aus dem falschen Richte hervorgeholt wird, in das er gerückt war, ist ein lebendiges Verdienst der neuen Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“.

* Das älteste Buch. „Im Samanlerkabinett“, der regelmäßigen Beilage für die anregende Monatschrift f. Kunst, Literatur u. Musik „Faust“ (Erich Reiss, Berlin) wird folgendes über das älteste Buch berichtet: Dem durch seine etruskischen Sprachforschungen berühmten gewordenen Preisträger der Pariser Akademie Vater Giarre de Varenton, einem Kapuzinermönch, ist die vollständige Entzifferung der sogenannten „Goude-a-Zylinder“ des Konveneriums gelungen, die er nun in einer vollständigen Übersetzung veröffentlicht. Die Goude-a-Zylinder sind Inschriftenmalen chaldäischen Ursprungs, die aus einer harten Substanz erzeugt sind, die von Ägyptern und Chaldäern als Siegelmaterial verwendet wurde, in das sie ihre Schriftzeichen eintruben. Sie tragen ihren Namen nach Goude, dem chaldäischen Priesterkönig, der um 2100-2080 vor Christi Geburt in der Zeit kurz vor der Geburt Abrahams regierte. Der Text der beiden Malen stellt sozusagen das älteste Buch der Welt dar. Es wird darin mit vielen Einzelheiten der Geschichte des Volkes und der Organisation eines Tempels erzählt. Aus den Textangaben wird ersichtlich, daß viele chaldäische Gebräuche in die Welt des Westens übergingen.

Badischer Landtag.

Wollte eine Auflockerung des Ministers Weber, die Löhne entsprechend zu erhöhen. Die Gehälter und Löhne müssen endlich auf eine wertebändige Grundlage gestellt werden. Auch ist die automatische Anpassung der Erwerbslosenunterstützung dringend notwendig. Es liegt an der Regierung und an den bürgerlichen Parteien, die Lösung der Krise innerhalb des Parlaments zu ermöglichen, bevor die Mobilisierung der Massen außerhalb des Parlaments notwendig wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Regierung erhofft von einer sachlichen Besprechung dieser Interpellation eine Beruhigung des Volkes in der heutigen Notlage. Die Regierung hat schon eine der Lösung angelegte Erhöhung der Unterstützungen für Sozial- und Kleinarbeiter, für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sowie der Wochenhilfe und der Unfallrenten vorbereitet. Auch in der Knappschaftsversicherung sind ähnliche Novellen im Gange. Die Erwerbslosenunterstützung soll unverzüglich der Preisentwicklung angepasst werden. Die Erhöhung war mit 33% Prozent bemessen. Regierung und Reichsrat werden aber wohl darüber hinausgehen. Die Erhöhung soll rückwirkende Kraft bis zum 4. Juni haben. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir einer angemessenen Entschädigung für die Kurzarbeiter. Zur Schaffung neuer Arbeit haben wir in letzter Zeit das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge besonders ausgebaut, vor allem im betriebl. Gebiet. Infolge der Marktentwertung hat sich die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Vorkämpfe für die Wohnungsbauförderung sind in beträchtlicher Höhe erstattet worden. Ein Erfolg der Marktentwertungsaktion war nur zu erwarten, wenn nicht durch Lohnsenkungen, Anlauf zu neuen Preissteigerungen gegeben war. Daneben wurde großer Nachdruck gelegt auf den Preisabbau. Nicht immer mit den wünschenswerten Erfolgen, das gebe ich zu. Jedoch wurden tatsächlich bei wichtigen Neuprodukten ein Preisabbau erzielt. Als die neue Marktentwertung sich zeigte, zog das Arbeitsministerium daraus die entsprechenden sozialpolitischen Folgerungen. In verschiedenen Presseartikeln wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne dem veränderten Preisniveau angepasst werden müßten. Tatsächlich sind auch in den großen Industrien Lohnsenkungen um 67 Prozent und mehr eingetreten. Die Erhöhungen sind damit noch nicht abgeschlossen. Wir wissen alle Möglichkeiten für eine schnellere Anpassung der Löhne an die Preisveränderungen. Bedenken gegen eine automatische Lohnregelung ohne die Einführung von Geldlöhnen sind aber nicht entkräftet, denn das gäbe es keinen Widerstand mehr gegen Preissteigerungen. Auch in den freien Gewerkschaften werden Bedenken gegen die Einführung des Geldlohnes geäußert. Im Einverständnis mit dem Wirtschaftsministerium bemühen wir uns, einen Maßstab zu finden, der die Verminderung der Kaufkraft möglichst schnell und richtig erfährt u. den wir bei künftigen Lohnverhandlungen zugrundelegen können. Im laufenden Monat werden wir angesichts der sprunghaftigen Preisentwicklung über den Reichsindex hinausgehen, dessen Mängel uns bekannt sind. Eine dauernde Stabilisierung der Währung und des Reallohnes läßt sich nicht erreichen, solange das bewaffnete Deutschland ständig bedroht und verzwängt wird. (Sehr richtig.) Wir hoffen auf die wachsende Einsicht der Völker, daß nur die gegenseitige Duldung und Anerkennung des deutschen Lebensrechts gesunde Verhältnisse in der Welt schaffen kann. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Die von der Regierung schon bei der Verabschiedung des Steueranpassungsgesetzes gegen einzelne Reichstagsbeschlüsse erhobenen Bedenken haben sich als richtig erwiesen. Wir können aber im Laufe dieses Jahres die Vorschriften nicht ändern, weil sonst das schon mehr vergrößerte Veranlagungsgesetz ganz in Unordnung kommen würde. Bis zum 6. Juni sind 24 Milliarden Zwangsanleihe eingezogen. Die Vorschlagszahlungen auf Einkommen- und Vermögenssteuer müssen der Geldentwertung entsprechend wesentlich erhöht werden. Der demnächst zur Beratung kommende Antrag Marx will die Vorauszahlung für die Einkommensteuer zum 16. August und November auf den zehnfachen Betrag der Steuern für 1922 festsetzen. Wir werden aber voraussichtlich auf den zehnfachen Betrag kommen müssen. Wir arbeiten daran, die Besteuerungen möglichst der Geldentwertung anzupassen. Ganz wird uns das nie gelingen. Wir werden um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchssteuer nicht herumkommen. Vor allem muß aber dahin gewirkt werden, daß die im Ausland bestehenden unbegründeten Vorurteile gegen unsere Steuer- und Finanzpolitik nicht weiter Nahrung erhält.

Reichswirtschaftsminister Weber:

Die kaum verhüllten Drohungen des Abg. Aufhäuser am Schluß seiner Rede lassen erkennen, daß es ihm doch um Agitation zu tun war (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Deutschland ist infolge des Verfalls der Friedensbilanz verarmt (Zurufe der Sozialdemokraten). Das wurde überzeugend nachgewiesen in der Denkschrift des statistischen Reichsamts. Es ist richtig, daß die Löhne nicht den Preisen im gleichen Tempo folgten. Die Sozialdemokratie hat in der Zeit, als sie die Macht hatte, auch die Sozialisierung nicht durchzuführen können. Im Gegensatz zum Abg. Aufhäuser haben die Sachverständigen im Untersuchungsausschuß den im Inland und Ausland angelegten Devisenbesitz sehr gering eingeschätzt. Diesen Sachverständigen glaube ich mehr. Wir brauchen doch diese Devisen im Ausland für die Hebung unserer Wirtschaft. Selbst wenn durch die Verschlebung deutschen Geldes ins Ausland dem deutschen Steuerfiskus Mittel verloren gehen, dann schäme ich den deutschen Wirtschaft daraus entstehenden Verdienst viel höher ein (Zuruf: Schieberminister). Ich stelle nur eine wirtschaftliche Tatsache fest. Es ist bedauerlich, wenn der Abg. Aufhäuser persönliche Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten Hohenstein gerichtet hat, der ein ganzes Menschenalter hindurch sich große Verdienste um das deutsche Wirtschaftsleben erworben hat. Wirtschaftliche Fragen sollte man wirtschaftlich und nicht politisch behandeln. Bei dem Überschuß der Einfuhr über unsere Ausfuhr ist die Entwertung der Mark eine natürliche Erscheinung. Wir wollen aber die Hände nicht in den Schoß legen. Wir haben die alte Devisenordnung wesentlich verschärft, die Konzeptionspflicht für Wechselnoten eingeführt und breiten scharfe Revisionen vor. Mit der Einführung eines Einheitskurses würde aber kein Nutzen geschaffen, sondern nur eine große Schädigung des Handels erreicht werden. Ebenso wenig ist der Vorschlag einer völligen Zentralisierung des Devisenhandels bei der Reichsbank durchführbar. Wir werden die neuen Vorschriften der Devisenordnung scharf durchführen. Aber solange der Einfuhrüberschuß nicht aufhört, ist das Ziel nicht zu befeitigen, und solange die Reparationslasten auf uns drücken, können wir nicht zu einer Stabilisierung unserer Währung kommen. Selbstverständlich ist, daß die Arbeiterlöhne erhöht werden. Vor allem aber muß dem Mittelstand Schaffen werden. Auch die Befundung unserer Währung ist nur möglich, wenn wir frei von Reparationslasten unsere Produkte auf den Weltmarkt absetzen können.

Auf Antrag des Abg. Müller-Frankens (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation geschlossen, die heute nachmittags um 2 Uhr weitergeführt werden soll.

Schluß 5 1/2 Uhr.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde die Novelle zum Verwaltungsabstimmungsrecht in beiden Lesungen angenommen. Es folgte der Bericht über die badische Kreisordnung. Der Berichterstatter Abg. Rieger (Ztr.) erläuterte kurz die einzelnen Bestimmungen. Die bisherigen elf Kreise bleiben bestehen, die Kreisverfassung erfährt aber durch die Anordnung an die Gemeindeordnung eine neuzeitliche Umbildung. Die Kreisabgeordneten werden auf vier Jahre gewählt. Die Wahl findet in Verbindung mit den unmittelbaren Gemeindevahlen getrennt für jeden Amtsbezirk statt. In jedem Amtsbezirk sind auf Grund der Verhältnismäßigkeit mindestens 7, im übrigen soviel Abgeordnete zu wählen, daß auf 7000 Einwohner je 1 Abgeordneter entfällt. Durch Kreisabgeordnete kann für dringliche Geschäfte ein gemischter beschließender Ausschuß bestellt werden, dem doppelt so viel Kreisabgeordnete als Mitglieder des Kreises angehören müssen. Bei der Wahl des Kreisvorstandes ist nicht erforderlich, daß der zu Wählende seinen Wohnort zur Zeit der Wahl seinen Wohnort bereits im Kreisgebiet hat. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Kreisvorstände bleiben als Kreisräte und die bisherigen Sonderausschüsse als Ausschüsse bis zur nächsten Neuwahl der Kreisabgeordneten mit ihrer zeitweiligen Mitgliedschaft bestehen. Der bisherige Vorsitzende des Kreisvorstandes wird Kreisvorsitzender im Sinne des Gesetzes. Der Berichterstatter schließt, indem er dem Gesetze die besten Wünsche für die Praxis mit auf dem Weg gibt.

In der Aussprache befragte Abg. Dr. Gieseler (Dem.) den weiteren organischen Ausbau der Selbstverwaltung, wobei er eine gewisse Gleichmäßigkeit innerer Verwaltungsreformen in allen Ländern für nötig hält. Er hat schon im Hinblick auf die Durchführung der Kreisgesetze, das vorliegende Gesetz bringe nur formale Verbesserungen.

Nachdem der Präsident eine Reihe von Anträgen aus dem Hause bekannt gegeben hatte, legte Abg. Schneider-Deibler den Standpunkt des Zentrums dar, der sich mit den Ausschlußbeschlüssen deckt.

Abg. Weber (D. Rp.) betont die Wichtigkeit des Verwaltungsabstimmungsrechts von 1893 und begründet die Herausnahme der großen Städte aus den Kreisen. Mit dem Wegfall des Kreisparlamentes verliere ein Stück Geschichte. Der Redner berührt in diesem Zusammenhang die Gemeindeordnung, die er in verschiedenen Punkten für unüberwindlich hält. Er bezweifelt auch, daß das Systemabstimmungsrecht restlos befriedigt.

Am 1/2 8 Uhr wird die Weiterberatung auf heute, Freitag früh, vertagt.

Karlsruhe 8. Juni.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete punkt 1/2 8 Uhr die Sitzung. Unter den Eingängen befindet sich eine förmliche Anfrage der Deutschnationalen über die Kataloge der akademischen Pflichten Baden. — Nach Mitteilung der sozialdemokratischen Fraktion ist Abg. Rüdert an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Dr. Müllermann Mitglied des Finanzgerichts bestimmt worden.

In der fortgesetzten Beratung der badischen Kreisordnung

führt Abg. Rüdert (Soz.) aus, eine grundsätzliche Neuordnung wäre erwünscht gewesen, sie werde früher oder später kommen müssen und zwar im Verein mit einer Vereinfachung der Staatsverwaltung. Nimmt der Bürgermeister größere Selbstverantwortung auf sich, so werde dadurch auch dem Staatsgange gedient. Wir sind ebenfalls dafür, daß an den bestehenden Kreisen nichts geändert wird, wie wir auch die kreisfreien Städte für unzerstörlich halten. Die Abg. Hertle (Landbund) und Schmidt-Dretten (D. Natl.) stimmen den Ausschlußbeschlüssen im allgemeinen zu, wobei sie betonen, daß die Kreisaufgaben vornehmlich Angelegenheiten des fachen Landes seien. Von einer Zusammenlegung der Amtsbezirke wollen die Redner nichts wissen.

Abg. Bod (Komm.) meint, daß in der Vorlage vom neuen Geist der Demokratie nichts zu spüren sei. Daß solches möglich, daran trage die Sozialdemokratie die Schuld, die alles schuldige (Zuruf). Der Redner wendet sich vor allem gegen den § 25 (gemischter beschließender Ausschuß). Die kommunistische Gruppe lehne die Kreisordnung ab.

Abg. Rieger (Ztr.) begründet verschiedene Anträge.

Staatspräsident und Innenminister Remmele

bekämpft den Antrag, Ziffer 4 des § 24 „Festsetzung der Gebühren für Genehmigung von Kreisabstimmungen“ zu streichen. Was den gemischt-beschließenden Ausschuß anlangt, so sei zuzugeden, daß § 68 der Gemeindeordnung geradezu den Konflikt hervorruft. Es seien Fälle vorgekommen, wo der Ausschuß sich die Befugnisse des Gemeinderats anmaßte. Aus diesen Gründen fatter wir den gemischt-beschließenden Ausschuß nicht in die Regierungsvorlage aufgenommen, da wir den Ausschuß für die Kreise auch nicht für nötig hielten. Die Übergewerkschaftspolitik — wie der Abg. Hertle meinte — habe beim ersten Entwurf keine Rolle gespielt. Redner anerkennt, daß die alte badische Gesetzgebung manch gute Reste hinterläßt. Kreisrat und Kreisversammlung würden gewiß auch künftighin gerne die Mitarbeit der Amtsvorstände einnehmen.

Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters wird in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Dr. Gieseler (Dem.) fordert zu § 2 die Mitwirkung eines Beirates bei Entschädigung von Streitigkeiten über Änderungen im Bestand von Kreisen durch die Staatsaufsichtsbeförderung.

Der Antrag wird gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Zu § 10 wird ein Antrag angenommen, die Bürgerstands- und Gaffumme, bis zu der die Genehmigung der Staatsaufsichtsbeförderung nicht erforderlich ist, von 2 auf 10 Millionen zu erhöhen.

Verschiedene Änderungsanträge werden abgelehnt, u. a. ein solcher der Sozialdemokraten, die Wahl der Kreisabgeordneten in Verbindung mit den Landtagswahlen vorzunehmen.

Zu § 25 (gemischt-beschließender Ausschuß) liegt ein Antrag Bod auf Streichung vor.

Abg. Dr. Gieseler (Dem.) spricht für den § 25, der für die Zeit der Not geschaffen sei. Auch die Kreise könnten den beschließenden Ausschuß nicht entbehren; seine Kompetenz müsse allerdings zur Verhütung von Meinungsverschiedenheiten mit dem Gemeinde- bzw. Kreisrat begrenzt werden.

Abg. Strobel (Soz.) meint, daß dann und wann aus Zweckmäßigkeitsgründen rasch gehandelt werden muß und da bietet der § 25 eine Handhabe.

Nach kurzer Bemerkung der Abgg. Rieger (Ztr.) und Bod (Komm.) widerspricht Innenminister Remmele der Aufhebung des letzteren, daß der gemischt-beschließende Ausschuß der Ausschluß und demokratischen Handelns sei. Der kommunistische Antrag wird darauf abgelehnt.

Zu § 26 begründet Abg. Rieger einen Antrag, wonach binnen 6 Monaten (laut Vorlage 3) eine nochmalige Entschlie-

hung der Kreisversammlung herbeigeführt werden muß, sofern der Kreisrat gegen die Ausführung eines Beschlusses Bedenken trägt.

Minister Remmele spricht dagegen. Etwaige Differenzen sollten gerade recht bald beseitigt werden.

Abg. Rüdert (Soz.) pflichtet dem bei, worauf der Bürgerische Antrag abgelehnt wird. Der Rest des Gesetzes findet debatteloses Erledigung. Das ganze Gesetz wird sodann gegen drei kommunistische Stimmen angenommen und sämtliche zur Materie vorliegenden Anträge für erledigt erklärt. Die zweite Lesung findet voraussichtlich in der nächsten Plenarsitzung statt.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Ztr.) berichtet über die Novelle zum Besoldungsgesetz. Die Gerichtsvollzieher sollen künftig ihre Bezüge aus der Staatskasse erhalten, die Einkommen der Badens Ärzte den Lehrungsverhältnissen angepasst und die Musiklehrer gleich wie die Rechenlehrer in Gruppe 9 und 10 eingereiht werden. Der Berichterstatter verwahrt sich unter allgemeiner Zustimmung entschieden gegen die Unterfütterung der Musiklehrer und Rechenlehrer seitens des Reichsfinanzministeriums. Er protestiert ferner gegen die ungleiche Behandlung Badens gegenüber anderen Ländern und verlangt nicht Gnade, sondern Recht. Für den Berliner Erlass sei nicht der Reichsfinanzminister, wohl aber die schädliche Referentenwirtschaft schuld.

Abg. Hoffing (Dem.) freut sich über die energische Sprache des Berichterstatters und erwartet, daß endlich auch die Frage der Zwangspensionen in Berlin befriedigt geregelt wird.

Abg. Wiedemann (Ztr.) betont, daß die Arbeit der Musiklehrer heute ganz anders gewürdigt und gewertet werden muß. Die Abg. Haebler (Soz.) und D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) unterstreichen nachdrücklich, was vom Berichterstatter und den Vorrednern gesagt wurde.

Das Gesetz wird darauf in beiden Lesungen angenommen. Abg. Wirth (Soz.) berichtet über den Antrag Dr. Schofer und Gen., der für die Berufsbildenden Einkommensteuerfreiheit fordert. Der Ausschuß empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) erklärt es als unheimlich, von den Leuten, die man durch Unterfütterungen vorwärts bringen will, noch Steuern zu verlangen. Geht die Entwicklung so weiter, dann dürfte es dahin kommen, daß nur noch die Söhne der ganz Reichen studieren können. Der Redner will das Berufstudium in den Grenzen gehalten wissen, daß darunter die geistige Arbeit nicht leidet. Die Regierung möge baldigst in Berlin im Sinne unseres Antrages vorstellig werden.

Abg. Bod (Komm.): Die Fortsetzung des Studiums ist ausgeschlossen, wenn zur geistigen noch die körperliche Erschöpfung tritt, es sei denn, daß man durch schablonenhafte Einprägung eines gewissen Pensums nur noch Durchschnittsmenschen schafft. Damit wäre die Wissenschaft am Ende. Schleunige Abhilfe tut dringend not.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) kennzeichnet gleichfalls die bedenkliche Erscheinung des Berufstudiums und verweist andererseits auf die namhaften Spenden zugunsten der Universitäten und Studenten, besonders von Seiten der Industrie.

Abg. Weismann (Soz.) spricht von der Gefahr des Zusammenbruchs der geistigen Arbeit in Deutschland. Durch das Berufstudium seien in den Karlsruher Betrieben Störungen noch nicht vorgenommen.

Finanzminister Röhler

erklärt sich bereit, in Berlin im Sinne des Antrages zu wirken. Baden habe bereits durchgreifende Änderungen des Einkommensteuergesetzes beantragt, an dessen Reform in den nächsten Wochen herangetreten werden muß.

Der Antrag findet darauf Annahme. Zwischen durch beantwortete Oberregierungsrat Seeger eine kurze Anfrage des Abg. Schneider-Mannheim (D. Natl.) über unzulässige Zustände bei der Fahrkartenausgabe auf dem Mannheim Hauptbahnhof, dahin, daß die Reichsbahnverwaltung Abhilfe zugesichert habe.

Auf Antrag des Haushaltsausschusses werden dem vorweg 80 Millionen Mark bewilligt zur Durchführung der Warmwassererwärmung für die Badeanstalt in Dürheim.

Abg. Weismann (Soz.) berichtet namens des Haushaltsausschusses über die Gesuche der Beamtenorganisationen von Städten und Gemeinden Baden, örtliche Sonderzulagen und Grenzzulagen betr. Der Antrag geht dahin, die Gesuche bezüglich der Sonderzulagen für erledigt zu erklären, und hinsichtlich der Grenzzulagen zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Zent.) berichtet über den Antrag zwischen dem badischen Staat und dem Verein sächsisch-deutscher Zeitungsbereiter zwecks Bürgerstandsübernahme bei der Reichsbank auf 6 Monate und in Höhe bis zu 300 Millionen Mark.

Nach Erklärung des Abg. D. Mayer-Karlsruhe, daß sich die deutschnationale Fraktion der Stimme enthalte, da eine förmliche Anfrage über die bisherige Verwendung der Kredite Röhler nicht beantwortet sei, wird der Antrag genehmigt.

Abg. Wirth (Soz.) erstattet Bericht über den Landbundantrag, wonach die Kreisvorstände auch den nichtvollbeschäftigten Gemeindebeamten zugutkommen sollen.

Nach Befürwortung durch den Abg. Hertle (Landbund) wird dem Antrag zugestimmt.

Abg. Gebhardt (Landbund) begründet eine förmliche Anfrage die sich gegen die Verabschiedung des Tabakgesetzes richtet.

Finanzminister Röhler erwiderte, daß die badische Regierung alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft habe, um eine Schädigung des badischen Tabakbaues zu verhindern. Unser Vertreter in Berlin hat gegen die Zollherabsetzung gestimmt. Wir müssen uns nun mit diesem Zustand abfinden. Es wäre Sache des deutschen Tabakbaues durch eine Rentabilitätsberechnung nachzuweisen, inwieweit er durch jene Maßnahme geschädigt wird. Geht mir solches Material zu, dann werde ich die entsprechenden Folgerungen ziehen; denn wir könnten einer Vernichtung des Tabakbaues nicht tatenlos zusehen.

Da Besprechung gewünscht wird, beantragt Abg. Bod um 1 Uhr eine Mittagspause. Das Haus beschließt jedoch mit Mehrheit durchzutagen.

Abg. Hartmann (Ztr.) entwarf ein trübendes Bild von der Lage des Tabakgewerbes, das wie kein anderes des staatlichen Schutzes bedürfe. In Baden seien nur 37 Prozent der 44 000 Tabakarbeiter vollbeschäftigt, 43 Prozent gänzlich arbeitslos und der Rest als Kurzarbeiter tätig.

Abg. Gebhardt spricht im Schlußwort nochmals gegen die Zollherabsetzung. Man müsse den heimischen Tabakbau zu erhalten und qualitativ zu heben suchen. Damit wird der Gegenstand vertagen.

Es folgt die Erledigung von 16 Gesuchen persönlicher Natur, womit die Tagesordnung erschöpft ist.

Der Präsident gibt noch den Einlauf zahlreicher Eingänge bekannt, zu zweier Regierungsvorlagen betr. die Reallosten und die Änderung des Sparlassengesetzes, die an den Rechtspregeausschuß gehen.

Am 1/2 12 Uhr vertagt sich das Haus nach 6 1/2 stündiger unterbrochener Verhandlungsdauer.

Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten anberaumt, sobald genügend Beratungsstoff aus den Ausschüssen vorliegt.

Badische Übersicht.

In Mannheim

wurde gestern morgen der Oberhofenmeister Steinhauer bei der Kammerflechte, der sich geweigert hatte, den Franzosen, die beschlagnahmtes Holz abschleppen wollten, die Schleuse zu öffnen, verhaftet. Er wurde nachmittags wieder freigelassen.

Flugmodellwettbewerb.

Der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein Mannheim e. V. veranstaltete am Sonntag, den 3. Juni, durch seine Modellabteilung auf dem Gelände des ehemaligen Exerzierplatzes hinter den Kasernen einen Flugmodellwettbewerb, der außerordentlich interessante Momente bot. Daß für den Modellbau ein sehr reges Interesse besteht, hauptsächlich bei unserer Jugend, zeigte die große Anzahl von Zuschauern, welche sich auf dem Fluggelände einfanden. Dank der vortrefflichen Organisation nahm die Veranstaltung in allen ihren Teilen einen schönen und harmonischen Verlauf. Die einzelnen Bewerbe wickelten sich in mustergültiger Weise ab.

Für die Veranstaltung waren Geldpreise in Höhe von etwa 200 000 M. ausgesetzt, welche durch freiwillige Spenden seitens der Mitglieder des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins aufgebracht wurden. Es waren zu dieser Veranstaltung 20 Modelle von Flugvereinen aus Darmstadt, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim gemeldet, von denen 16 am Start sich einstellten. Der Wettbewerb war für zwei Klassen offen und zwar Klasse A für Stumpfmotoren, Klasse B Stabmodelle. Auch waren für jede Klasse Einzelwertungen vorgesehen und zwar Konstruktion, Dauer und Stärke. In der Gesamtwertung der Klasse A war der Frankfurter Modell- und Segelflugverein durch seine bewährten Mitglieder, die Herren Willi Kocher und Schaal, siegreich, während in Klasse B der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein durch seine Mitglieder die Herren Berer, Riche und Frick Kobn dominierte. In die Einzelwertung tekten sich Frankfurt, Darmstadt und Mannheim. Besonders Interesse erregte das von Herrn Willi

Kocher (Frankfurt) gesteuerte Stumpfmotorenmodell, das sehr schöne und weite Flügel ausführte, sowie das von Herrn Paul Schaal gesteuerte Stumpfmotorenmodell Typo Junkers, das durch seine ruhige und stabile Lage sich besonders auszeichnete. In der Klasse der Stabmodelle sei dasjenige von Herrn Riche (Mannheim) lobenswert erwähnt.

Nach Schluß der interessanten Veranstaltung wurden durch die eingesezte Prüfungskommission die Einzelergebnisse ausgewertet und die einzelnen Modelle auf gute Konstruktions- und Wertstabilität geprüft. Abends um 8 Uhr fand im Hotel National die Preisverteilung statt, welche der erste Vorsitzende des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins vornahm. Er begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, Teilnehmer und Gäste und dankte ihnen für ihr Erscheinen und die tatkräftige Mitwirkung. Weiterhin sprachen noch die Herren Schaal (Frankfurt) und Ed. Heidelberg ihren Dank aus für die liebevolle Aufnahme, die sie durch den Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein gefunden haben. Erst in später Abendstunde ging die Versammlung auseinander.

Die „Deutsche Gesellschaft für Reichserbrecht“

(Sitz Frankfurt a. M., erster Vorsitzender Dr. Quark d. selbst), über deren Bestrebungen — Studium und Propagierung des Staatsverbrechtsgebietes und verwandter volkswirtschaftlicher Gebiete — und über deren Zeitschrift — „Finanzpolitische Zeitschriften“, Verlag Ernst Heinrich Moritz Stuttgart — die „Karlsruher Zeitung“ wiederholt berichtet hat (vgl. Nr. 269 vom 13. Oktober 1922 und Nr. 8 vom 4. Januar 1923), hielt am 3. Juni d. J. in Mannheim ihre Jahresversammlung ab. Trotz der durch die außen- und innenpolitischen Verhältnisse geschaffenen Schwierigkeiten für die Propagierung des Staatsverbrechtsgebietes hat sich dieser Gedanke doch in allen sozialen und politischen Schichten des deutschen Volkes im abgelaufenen Jahre immer mehr Anhänger erworben, und es zeigt sich mehr und mehr, daß die Bewirkung des Staatsverbrechts in der von der Gesellschaft erstrebten Art, wenn nicht das einzige, so doch eines

der ganz wenigen werden ist, die im Ernst brauchbar sind, um die deutsche Volkswirtschaft und Finanzwirtschaft aus ihrem gegenwärtigen Elend heraus zu bringen. Die Publikationen der Gesellschaft in den bis jetzt erschienenen Heften der „Finanzpolitischen Zeitschriften“ verdienen zweifellos die vollste Beachtung aller ernsten Volks- und Finanzwirtschaftler. Es besteht die Hoffnung, trotz der heutigen Geldschwierigkeiten die Zeitschrift weiterhin, wenn auch vorübergehend in beschränktem Umfang, ausbreiten zu können. Der bisherige Vorstand wurde wieder gewählt. Neu hinzugewählt in den Arbeitsausschuß wurden aus Baden die Herren Notar Dr. Kellner und Rechtsanwalt Dr. Ohlenbusch in Mannheim und Dr. Korn in Redargemünd.

Aus der Landeshauptstadt.

* Landestheater. In Shakespeares historischem Schauspiel „König Heinrich IV.“ (1. Teil), das am Samstag, den 9. Juni neucinstudiert zum ersten Mal in Szene geht, wirken in führenden und wichtigen Rollen die Damen Geiseler, Möller und Moorman neben den Herren Baumbach, Büchner, Dahlen, Herz, Höder, Paachen, von der Trend-Illici und Benedict, Brand, Erdlein, Fik, Gemmede, Lisch und Max Schneider. Die Spielleitung hat der Intendant. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. — „König Heinrich IV.“ knüpft stofflich an das Trauerspiel „König Richard II.“ an und entwickelt das geschichtliche Thema der Shakespeareschen Königsdramen bis zum Tode des vierten Heinrich (Holingbrode) und zur Thronbesteigung seines Sohnes, des genialen Bringen „Seing“ als Heinrich V. weiter. So wird mit der Aufführung dieser beiden Werke innerhalb derselben Spielzeit dem einheitlichen, nicht zu trennenden Zusammenhang des Ganzen Rechnung getragen. Dienstag, den 12. d. M. wird Verdis „Amelia“ oder „ein Maskenball“ in der bekannten Besetzung aufgeführt. Freitag, den 16. findet die Aufführung der Operette „Die Komödiantin“ von Hermann Weisk unter der Leitung der Herren Schweppe und Turnau statt. Die Dekorationen sind nach Entwürfen von Emil Burkard angefertigt, dem die Mittel hierzu aus Spenderkreisen zur Verfügung gestellt wurden.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.

Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201

Telegramm-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

der Generalvertreter:

R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen. Beste und billigste Bezugsquelle.

Beste, handhabungssichere

SPRENGSTOFFE

Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstumpen

Pulverfabrik Ettlingen (Baden)

Telephon Nr. 8

Landw. Maschinen und Geräte jeder Art, Ersatzteile usw.

erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lägern

Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg,

Mosbach, Helmstadt, Waldshut,

Steinen, Radolfzell

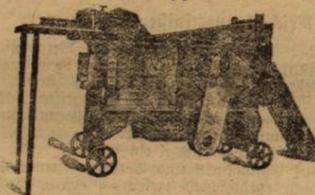
Bad. landw. Hauptgenossenschaft

Abteilung Maschinen

Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Gebr. Wülker

Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64



K. Ertel, Karlsruhe

45 Kaiserallee 45

Landwirtschaftliche Maschinen aller Art

Spezialität in Milchseparatoren

Reparaturen

Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen und Maschinen aller Systeme

Anfertigung von Haus-, Hof-, Straßen- und Flügelpumpen etc.

Hack-Klüttelplüge — Reker-, Saat- und Wiesen-

Patent EGGEN Neubeck

sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billige Tagespreise

Josef Neubeck, Rastatt

ACHTUNG! LANDWIRTE!

Die mühevollen Arbeit des Entkörnens von Maiskolben durch Reiben an Flacheisen und Kanten ist veraltet, zeitraubend und umständlich!

Unser

Maiskolben-Entkörner

„ECHOD“



verhindert das lästige Abspringen der Körner! Keine Handverletzungen mehr!

Paßt durch seine Konstruktionen auf jeden Maiskolben! Einfachste Handhabung, praktisch u. billig! Preis p. St. 1500 M. Vertreter gesucht!

L. W. HATTEMER & Co., G. m. b. H., Karlsruhe i. B., Amalienstr. 55, Telephon 5005

Badisches Landestheater.

Samstag, 9. Juni. 7—10 Uhr. Sp. I. Abt. 5000 M. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700 und 1401—1500. Neu einstudiert: **König Heinrich IV.** I. Teil.

Spielplan vom 10. bis 19. Juni 1923.

Im Landestheater. So. 10. Violette. (La Traviata.) Gastspiel des Kammerängers Jan van Gorkom. Tanzbilder. 6/1. (Sp. I. 9000.) — Mo. 11. Volksbühne. S. 5. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 6000.) — Di. 12.* Abonn. B. 21. Amelia oder Ein Maskenball. 7. (Sp. I. 8000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3601—3900. — Mi. 13. Volksbühne. S. 11. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 6000.) — Do. 14.* Abonn. F. 22. König Heinrich IV. I. Teil. 7. (Sp. I. 5000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2400. — Fr. 15.* Abonn. D. 22. Zum ersten Male. Die Komödiantin. (Uraufführung.) Operette in 3 Akten. Text und Musik von Hermann Weisk. 7. (Sp. I. 9000.) — Sa. 16.* Abonn. E. 23. Bürger Schippel. 7. (Sp. I. 5000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2401—2700. — So. 17. In der Neucinstudierung. Die Meistersinger von Nürnberg. 5. (Sp. I. 12 000.) — Mo. 18. Volksbühne. S. 6. Maria Stuart. 7. (Sp. I. 6000.) — Di. 19.* Abonn. A. 23. Die Komödiantin. 7. (Sp. I. 9000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3901—4000, 4601—4800.

Im Konzerthaus.

Die. 12. T. 4, Fr. 15. T. 5, Die. 19. T. 6 jeweils Volksbühne. Der Strom. 7. Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, 9., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 11. an.

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr).

Das ganze 21/2 0/0 Anleihen des Kreises Heidelberg von 1903 wird hiermit zur Feinzahlung auf 1. Oktober 1923 gefündigt. Der Kreisamtsrat.

Bürgerl. Rechtspflege

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

§. 498. Bruchsal. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Braun & Reber in Bruchsal und deren Teilhaber Friedrich Summerer, Karl

Reber u. Josef Braun wurde gemäß § 204 R.O. eingestellt, da eine den fälligen des Verfahrens entsprechende Konkursanfrage nicht vorhanden ist. Bruchsal, 30. Mai 1923. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Esupf (Zähr.)

Flügel

und

B. 429

21/2 0/0

Anleihen

des Kreises

Heidelberg

von 1903

wird hiermit

zur Feinzahlung

auf 1. Oktober

1923 gefündigt.

Der Kreisamtsrat.

Reber u. Josef Braun

wurde gemäß § 204 R.O.

einstellt, da eine den

fälligen des Verfahrens

entsprechende Konkurs-

Stellenbefetzung.

Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Rengingen ist die Stelle des

Geschäftsführers

alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber, welche mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und im Krankentassenwesen vertraut sind, wollen sich unter Angabe der bisherigen Beschäftigung und den Gehaltsansprüchen bis längstens 15. d. Mts. dahier schriftlich melden. Ledige Bewerber — weil Wohnungsnot — beborzugen. Rengingen, den 2. Juni 1923.

Allgemeine Ortskrankenkasse Rengingen.

Der Vorsitzende:

Baptist.

Geeignete Bewerber.

am Mittwoch, den 13. Juni 1923, Zugammen-

kunft 4 Uhr Nachmittags bei der Waldhütte, 5497,

Auskunft durch Forst-

wart Walter in Edaritz-

weier.